



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
12. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Schulausschusses
am 22.11.2005
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Ausschussmitglieder

Abg. Hans-Hermann Engelken

Abg. Reinhard Frick

Abg. Reinhard Brünjes Vertreter für Abg. Gajdzik

Abg. Gerhard Holsten

Abg. Jürgen Rudolph Vertreter für Abg. Klindworth

Abg. Hartmut Leefers

Abg. Heinz-Günter Bargfrede Vertreter für Abg. Rohr

Abg. Karl-Hans Keller

Abg. Helmut Ringe

Abg. Bernd Wölbern Vertreter für Abg. Schlesselmann

Abg. Christian Sonnenwald

Mitglieder mit beratender Stimme

Abg. Thomas Lauber

Abg. Detlef Steppat

Interessenvertreter

Herr Günther Justen-Stahl

Herr Rainer Christmann

Frau Gunda Hinmüller-Trespe

Frau Wiebke Hildebrandt

Verwaltung

KVD Heinz Peimann

KAR Horst Wilshusen

KA Hainer Schmökel

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 11. Sitzung des Schulausschusses am 12.09.2005

- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Kreisschulbaukasse
- 5.1 Kreisschulbaukasse: Grundsatzbeschluss
Vorlage: 2001-06/1266
- 5.2 Kreisschulbaukasse: Einzelanträge
Vorlage: 2001-06/1267
- 5.3 Kreisschulbaukasse: Mitteilung über abgeschlossene Maßnahmen
Vorlage: 2001-06/1264
- 5.4 Kreisschulbaukasse: Übersicht über die Jahre 2006 und folgende
Vorlage: 2001-06/1265
- 6 Unterhaltungskostenzuschuss für die Eichenschule Scheeßel
Vorlage: 2001-06/1272
- 7 Einbringung des Haushaltsplanes 2006 und Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2005 für das Haushaltsjahr 2006
- 7.1 Einbringung des Haushaltsplanes 2006 - Vorlage: 2001-06/1274
- 7.2 Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2005 für das Haushaltsjahr 2006
Vorlage: 2001-06/1274
- 8 Berufsbildende Schulen Rotenburg (Wümme): Zweijährige Berufsfachschule Sozialpädagogik (bisher: Zweijährige Berufsfachschule Kinderpflege)
Vorlage: 2001-06/1289
- 9 Anfragen

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Ringe eröffnet die Sitzung um 14.30, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Vorsitzender Ringe verweist auf den im Nachgang zur Einladung vom 03.11.2005 versendeten Tagesordnungspunkt mit der Bezeichnung: „Berufsbildende Schulen Rotenburg (Wümme): Zweijährige Berufsfachschule Sozialpädagogik“. Er schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt als TOP 8 zu behandeln und die in der Einladung vorgesehenen Tagesordnungspunkte 8 und 9 entsprechend nach hinten zu verschieben. Diesem Vorschlag stimmen die Ausschussmitglieder einvernehmlich zu.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 11. Sitzung des Schulausschusses am 12.09.2005**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	4

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Zu der der Einladung zur Sitzung beigefügten statistischen Aufbereitung der aktuellen Schülerzahlen bemerkt **KVD Peimann** zunächst, die Übersicht über die berufsbildenden Schulen werde - stichtagsbedingt - erst zu einem späteren Zeitpunkt vorliegen. Die aktuelle Fortschreibung der Schülerstatistik zeige, dass die Schülerzahlen im Primarbereich seit dem Spitzenwert im Schuljahr 2000/01 weiter zurückgingen. Sofern sich diese Entwicklung fortsetze, könnte der Bestand einzelner kleinerer Grundschulen gefährdet sein. Beispielhaft nennt **KVD Peimann** hierbei die Grundschulen in Hipstedt, Kuhstedt oder Hetzwege, wobei der letzteren - in dieser Form sicher nicht befriedigend - mit der Grundschule Scheeßel die mit Abstand größte Grundschule im gesamten Landkreis quasi gegenüberstehe. Der Sekundarbereich I stagniere derzeit auf hohem Niveau, während im Sekundarbereich II ein weiterer Anstieg zu verzeichnen sei. Insgesamt sei bei den allgemeinbildenden Schulen das erste leichte Absinken seit 1989 zu beobachten. Auch in den Förderschulen gingen die Schülerzahlen zurück, mit Ausnahme der Janusz-Korczak-Schule, was auf die dort eingerichtete Sprachheilklasse zurückzuführen sei. Der gymnasiale Schüleranteil habe nochmals zugenommen; bei allen drei Kreisgymnasien sei die hohe Schülerzahl erneut angestiegen. Dem gegenüber sei durchweg ein Absinken der Schülerzahlen sowohl in den Hauptschulen als auch in den Realschulen zu verzeichnen.

In Bezug auf die Einführung schulischer Ganztagsangebote im Landkreis gibt **KVD Peimann** folgenden Zwischenstandsbericht:

Die Hauptschule Visselhövede sei am 01.08.2005 mit den Jahrgängen 5 und 6 gestartet. Eine Mittelbewilligung liege zwar noch nicht vor, könne aber nach den Internetlisten des MK, laufende Nr. 83 für 2006, wohl erwartet werden, wenn auch nicht im beantragten Umfang (ohne Sporthalensanierung). In Scheeßel könne man für das Jahr 2007 auf eine Förderung hoffen. Insofern sei der Start zunächst verschoben worden. Der Antrag der Hauptschule Bremervörde liege derzeit praktisch „auf Eis“. Dies hänge insbesondere mit den Genehmigungsvoraussetzungen zusammen. In Sottrum befinde sich das Thema noch in den politischen Beratungen.

KVD Peimann berichtet weiter, dass Frau Brigitte Bergmann nach den Herbstferien ihren Dienst als neue Leiterin der Pestalozzischule Rotenburg angetreten habe.

Weiter teilt **KVD Peimann** mit, die Eichenschule Scheeßel habe eine Einladung an den Schulausschuss übermittelt, eine der nächsten Sitzungen in der dortigen Schule abzuhalten. Mit Einverständnis des Schulausschusses könnte sich bereits die Frühjahrssitzung hierfür anbieten. Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Kreisschulbaukasse**

Punkt 5.1 der Tagesordnung: **Kreisschulbaukasse: Grundsatzbeschluss**
Vorlage: 2001-06/1266

KVD Peimann erklärt, die Beschlussempfehlung werde von den Hauptverwaltungsbeamten mitgetragen. Im Hinblick auf die Vermeidung einer weiteren Nettoneuverschuldung im Haushaltsjahr 2006 sei die vorgesehene Absenkung erforderlich.

Beschluss:

Die Kreisschulbaukasse wird im Haushaltsjahr 2006 unter Einbeziehung von Darlehensrückflüssen in Höhe von 354.400 € auf 2.004.400 € begrenzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

KVD Peimann weist auf einen Fehler in der Anlage B hin. Unter der lfd. Nr. 41 müsse hier richtiger Weise die Zuschusshöhe mit 33% - statt der aufgeführten 40% - ausgewiesen und eine Zuweisung in Höhe von 6.667,00 € aufgeführt werden.

Abg. Lauber fragt zu den lfd. Nrn. 39 und 40 an, inwieweit die Sanierung der Turnhalle der Grundschule Karlshöfen in Anlage B als zurückgestellter Neuantrag aufgeführt werde, während die Flachdachsanie rung der Turnhalle in Anlage C für eine Ablehnung vorgesehen sei. **KAR Wilshusen** erläutert hierzu, dass die Flachdachsanie rung im Zeitpunkt der Antragstellung bereits vollständig abgeschlossen gewesen sei und eine Bezuschussung daher nicht in Betracht komme.

Zusätzliche Erläuterung zum Protokoll:

Die gesamte Sporthalle der Grundschule Karlshöfen ist sanierungsbedürftig, wobei die Flachdachsanie rung als Teilbereich vorgezogen werden musste.

Beschluss:

Zu Anlage A Der Schulträger erhält die in der Anlage aufgeführte Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse für die notwendigen Schulbaukosten mit Auszahlung ab dem Haushaltsjahr 2005 nach Kassenlage der Kreisschulbaukasse.

zu Anlage B: Die Entscheidungen über die in der Anlage B aufgeführten Maßnahmen (Neuanträge) werden zurückgestellt

zu Anlage C: Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Der Schulausschuss nimmt die zwischenzeitlich erfolgte Förderung der von der Gemeinde Scheeßel aufgewendeten Planungskosten aus Mitteln der Kreisschulbaukasse zur Kenntnis. **KVD Peimann** weist in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hin, dass das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises ausdrücklich eine Förderfähigkeit festgestellt habe.

Unter Bezugnahme auf die im Rahmen der vorangegangenen Sitzung durch den Schulleiter der BBS Rotenburg geltend gemachten Kapazitätsprobleme im Lehreraufenthaltsbereich merkt **Abg. Keller** an, dass hier erst in 2007 Mittel eingeplant seien.

KAR Wilshusen erklärt hierzu, angesichts der im Haushaltsjahr 2006 zur Verfügung stehenden deutlich geringeren Mittel habe eine Vielzahl von Bau- und Sanierungsmaßnahmen verschoben werden müssen. Die Erneuerung von Heizungsanlagen sowie Sicherheitsmaßnahmen hätten zunächst Vorrang. In Bezug auf den seitens der BBS Rotenburg geäußerten Wunsch auf eine Vergrößerung des Lehrerzimmers weist **KAR Wilshusen** im übrigen darauf hin, dass die Einnahmen aus der Vermietung der Hausmeisterwohnung im Falle einer Ausweitung wegfielen. Darüber hinaus bestehe in Bezug auf die Aufenthaltsräume für das Lehrpersonal auch anderenorts Nachholbedarf. Wenn man bei der BBS Rotenburg hier erweitere, werde man sich entsprechenden Wünschen anderer Schulen kaum verschließen können.

Abg. Lauber erklärt, dass in Folge der Ausweitung des Lehrerkollegiums an der BBS Rotenburg von ca. 80 auf 150 Lehrkräfte unzumutbare Zustände entstanden seien. Er räumt ein, dass die Mieteinnahmen im Falle einer Ausweitung wegfielen. Allerdings weist er darauf hin, dass die Schule angeboten habe, die notwendigen Umrüstarbeiten im Wesentlichen in Eigenarbeit zu leisten.

Abg. Holsten regt die Überprüfung eines etwaigen Bedarfs bei den Lehrerzimmern in allen kreiseigenen Schulen an.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Unterhaltungskostenzuschuss für die Eichenschule Scheeßel**
Vorlage: 2001-06/1272

Abg. Frick führt aus, grundsätzlich sei die geplante Zuschusskürzung zu befürworten. Allerdings habe der Landkreis die Bedeutung der Eichenschule als quasi öffentliches Gymnasium für den Einzugsbereich Scheeßel und Fintel zu bedenken und müsse daher die wirtschaftliche Situation der Schule im Blick behalten. **Abg. Steppat** ergänzt, es dürfe nicht vergessen werden, dass die Eichenschule mit ihrem privaten Angebot den Kreishaushalt entlaste.

Abg. Keller wirft die Frage auf, warum eine Begrenzung auf 90% vorgesehen sei. Wenn hier eine Angleichung an die öffentlichen Gymnasien gewollt sei, könnte entsprechend eine Angleichung zu 100% erfolgen. Angesichts der gestiegenen Schülerzahl an den öffentlichen Gymnasien seien die pro-Kopf Kosten dort gesunken. Schon allein hierdurch entstehe eine Belastung der Eichenschule.

KVD Peimann weist darauf hin, dass das Haushaltsjahr 2005 derzeit noch nicht abgerechnet worden sei. Eine genaue Schätzung sei daher derzeit nicht möglich. Es gehe derzeit bezogen auf das Jahr 2006 zunächst erst einmal nur um die Gewährung eines Abschlags. **Vorsitzender Ringe** erklärt, die Berechnungsfaktoren in Bezug auf die Bezuschussung der Eichenschule unterlägen auch zukünftig einer ständigen Überarbeitung.

Beschluss:

Die Schulgenossenschaft Eichenschule eG erhält auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses vom 20.12.2004 einen endgültigen Unterhaltungskostenzuschuss von 90% der auf einen Schüler des Ratsgymnasiums Rotenburg entfallenden Kosten, höchstens jedoch in Höhe des im Jahr 2005 gewährten Abschlags.

Der im nächsten Jahr fällige Abschlag für 2006 darf verbunden mit der Abrechnung für 2005 die im Haushaltsplan 2006 bereitgestellten Haushaltsmittel in Höhe von 310.000 € nicht überschreiten.

Über die endgültige Abrechnung für 2006 und die Folgejahre wird im Rahmen der Haushaltsplanung für 2007 zu befinden sein.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 7 der Tagesordnung: **Einbringung des Haushaltsplanes 2006 und Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2005 für das Haushaltsjahr 2006**

Punkt 7.1 der Tagesordnung: **Einbringung des Haushaltsplanes 2006**
Vorlage: 2001-06/1274

KVD Peimann und **KAR Wilshusen** beantworten verschiedene Detailfragen der Ausschussmitglieder zu einzelnen Haushaltsansätzen.

Herr Justen-Stahl fragt zum Unterabschnitt 2310 (Gymnasium Bremervörde) an, welchen Hintergrund die Verdoppelung der Kosten für Energie und Heizmaterial vom Rechnungsergebnis

2004 zu den Ansätzen für 2005 und 2006 habe. Bei der BBS Bremervörde entsprechen die Ansätze für 2005 und 2006 demgegenüber in etwa dem Rechnungsergebnis aus 2004. **KAR Wils- husen** sagt eine Beantwortung im Rahmen des Protokolls zu.

Anmerkung zum Protokoll:

Bis 2003 wurden alle Bewirtschaftungskosten einer Schule aus einer Haushaltsstelle geleistet. Seit 2004 werden Energie- und Reinigungskosten sowie Grundstücksgebühren in separaten Haushaltsstellen erfasst. Bei dieser Differenzierung wurde für das Schulzentrum Engeo (gemeinsame Heizungsanlage) der Anteil der Johann-Heinrich-von-Thünen-Schule zu hoch veranschlagt und der des Gymnasiums zu niedrig, wobei eine Umbuchung zu Lasten des Gymnasiums im Jahr 2004 nicht vollständig erfolgte. Für das Jahr 2005 wurden die Ansätze beider Schulen korrigiert (beim Gymnasium nach oben, bei der BBS nach unten) unter Berücksichtigung von angekündigten (erheblichen) Preissteigerungen einerseits und acht zusätzlichen Klassenräumen (GYM) andererseits. Im Dezember 2005 ist noch die Zuordnung der gymnasialen Gasverbrauchskosten durch Umbuchung vorzunehmen. Der Hinweis im Schulausschuss auf die beträchtliche Diskrepanz zwischen Jahresrechnung 2004 und dem Haushaltssoll 2005/2006 wird durch die unvollständige Umbuchung 2004 und die für 2005 in Kürze anstehende relativiert. Allerdings hat die Hochrechnung der für 2005 zu erwartenden Gesamtkosten bestätigt, dass das diesjährige Haushaltssoll bei beiden Schulen in der Tat etwas zu hoch veranschlagt wurde und sich damit auch in das Jahr 2006 so fortsetzen würde. Mit einem Änderungsvorschlag für den Finanzausschuss soll dieser Hinweis des Schulausschusses auf der nachfolgenden Grundlage berücksichtigt werden.

Schulen	HS 2004	AS 2004	HS 2005	AS 2005	HE 2006
GYM BRV	60.000	55.683 (+ ca. 25.000)	115.000	ca. 62.800 + ca. 30.000	125.000 neu: 99.000
BBS BRV	167.000	128.393 (- ca. 25.000)	130.000	ca. 137.200 - ca. 30.000	130.000 neu: 115.000

Frau Hinmüller-Trespe merkt an, dass die Gymnasien in Zeven und Rotenburg durch die angegliederten Außenstellen einen erhöhten Bedarf hätten. So fielen z.B. Fahrtkosten für gelegentliche gemeinsame Schulveranstaltungen am Hauptsitz der Schulen an, die aus dem Schulbudget zu bestreiten seien. Im Unterabschnitt 2311 (Ratsgymnasium Rotenburg) sei jedoch der Ansatz für Lehr- und Unterrichtsmaterial und Verbrauchsmittel von 16.000 € auf 15.000 € gekürzt worden. **Abg. Frick** vertritt die Auffassung, soweit durch den Betrieb der Außenstellen Mehrkosten entstünden, sei dieses im Rahmen der Haushaltsplanung zu berücksichtigen. Eine zusätzliche Belastung der Eltern der Außenstellenschüler sei nicht gewollt. Die Verwaltung der Budgets liege letztlich in der Verantwortung der Schulleitungen.

KVD Peimann erläutert, die Budgets sämtlicher Schulen seien im Rahmen der Haushaltskonsolidierung um ca. 5 % gekürzt worden. Im Unterabschnitt des Ratsgymnasiums sei im übrigen ein Ansatz in Höhe von 71.100 € (Haushaltsstelle 2311.712000.2 - Zuweisung zu den lfd. Kosten) enthalten, der der Stadt Visselhövede für die sächliche Erstausrüstung und Errichtung im gymnasialen Bereich zur Verfügung gestellt werde. Hier bestünden ggf. Möglichkeiten eines Einsatzes dieser Mittel auch für andere Kostenfaktoren die aus dem Betrieb der Nebenstelle herrührten. Die Ausschussmitglieder sprechen sich einvernehmlich dafür aus, Gespräche mit der Stadt Visselhövede über eine teilweise Umschichtung der zur Verfügung gestellten Mittel zu führen.

Anmerkung zum Protokoll:

Stadt und Landkreis haben sich im gewünschten Sinne verständigt.

Abg. Lauber merkt an, der Ansatz für Lehr- und Unterrichtsmittel und Verbrauchsmaterial bei der BBS Rotenburg sei gekürzt worden, während dieser Ansatz bei der BBS Zeven der unveränderte Ansatz aus 2005 übernommen wurde. **KAR Wilshusen** stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die Kürzungen in den Budgets der einzelnen Schulen jeweils mit den Schulleitungen abgesprochen worden seien. Je nach Schulform habe man hier unterschiedliche Prioritäten gesetzt. Es sei aber auf eine Gleichbehandlung der Schulen einer Schulform geachtet worden.

Abg. Sonnenwald weist darauf hin, dass der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr in seiner vorangegangenen Sitzung empfohlen habe, den Ansatz bei der Haushaltsstelle 7920.679100.9 (Verwendung der Regionalisierungsmittel, Kostenerstattung UA 2900) von 752.000 €, der dem Einnahmeansatz bei der Haushaltsstelle 2900.169000.8 entspreche, mit dem Vermerk einer gesonderten Freigabenotwendigkeit durch den Kreisausschuss zu versehen. Die Regionalisierungsmittel seien für Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV vorgesehen, so dass eine Vereinnahmung im Rahmen des Unterabschnitts Schülerbeförderung nicht angebracht erscheine.

Abg. Bargfrede vertritt die Auffassung, die Veranschlagung der Regionalisierungsmittel im Unterabschnitt 2900 sei durchaus sachgerecht, da der Landkreis mit den bei der Haushaltsstelle 2900.639100.4 ausgewiesenen Ausgleichsleistungen an die Verkehrsunternehmen bereits jetzt eine beträchtliche ÖPNV-Förderung leiste.

Nach einer kurzen Diskussion besteht im Ausschuss Einvernehmen, bei der Einnahmehaushaltsstelle einen Hinweis auf den vom Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr vorgeschlagenen Sperrvermerk aufzunehmen.

Zum Unterabschnitt 2929 (Schullastenausgleich) weist **KVD Peimann** auf irreführende Presseveröffentlichungen der letzten Tage hin. Soweit dort berichtet worden sei, der Landkreis wolle eine Kürzung des Förderungssatzes von 60 % auf 55 % vornehmen, treffe dieses nicht zu. Da hier gesetzliche Vorgaben zu beachten seien, habe man diese Option nicht. Vielmehr habe der Landkreis gemeinsam mit den Hauptverwaltungsbeamten darüber nachgedacht, beim Schullastenausgleich Einsparungen von 5 % zu erzielen.

Zum Unterabschnitt 2921 (Kreisbildstellen) weist **Abg. Sonnenwald** darauf hin, dass darauf hingewirkt werden müsse, die kreisweit vorangetriebene Vernetzung auch zum Zwecke der Verteilung von Medien zumindest dort einzusetzen, wo eine Netzanbindung bestehe. Sofern hier parallel WLAN bzw. Internetlösungen favorisiert würden, gingen die enormen Investitionen im Bereich Vernetzung ins Leere.

In Bezug auf die Ansätze für den Vermögenshaushalt merkt **Herr Justen-Stahl** an, dass hier insgesamt ein starker Rückgang der Investitionen erkennbar sei. So werde beispielsweise die für 2006 vorgesehene Erneuerung der EDV komplett um ein Jahr geschoben. Dieses sei problematisch, da die Ausstattung bereits jetzt z.T. zu alt sei, um ein störungsfreies Arbeiten mit neueren Fachanwendungen zu gewährleisten. **KVD Peimann** erklärt hierzu, die EDV-Fachleute hätten grünes Licht für eine Verschiebung um ein Jahr gegeben. **Abg. Frick** vertritt die Auffassung, dass vor allem eine einheitliche Neuausstattung wichtig sei. Es sei hier eher eine komplette Wiederbeschaffungspause von einem Jahr zu vertreten als einzelne Geräte auszutauschen. **KVD Peimann** ergänzt, ein Schieben der Ersatzbeschaffungen um ein Jahr sei auch deshalb vertretbar, weil die Schulen in der Trägerschaft des Landkreises Rotenburg (Wümme) im Vergleich mit anderen Schulen in der Region über einen hohen Ausstattungsstandard verfügten.

Beschluss:

Die im Entwurf vorliegenden Haushaltsansätze des Einzelplanes 2 werden in den Haushaltsplan 2006 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

Punkt 7.2 der Tagesordnung: **Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2005 für das Haushaltsjahr 2006**
Vorlage: 2001-06/1274

KVD Peimann weist zunächst auf verschiedene redaktionelle Änderungsnotwendigkeiten des der Einladung beigelegten Entwurfs des Haushaltskonsolidierungskonzeptes hin.

- Unter der laufenden Nummer 05-11 - Schulbudgets - sei die Bezeichnung „Aufschaltung Alarmanlagen“ irreführend. Als Bezeichnung der Maßnahme müsse richtiger Weise „Schulbudgets, allgemeine Kürzungen“ gewählt werden. Weiterhin sei anstelle des Betrages von 10.000 € in den Spalten 2006 aktuell und folgende ein Betrag in Höhe von 37.000 € aufzunehmen.
- Unter der laufenden Nummer 05-12 - Schullastenausgleich - seien die Worte „wegen Schulstrukturreform“ zu streichen.

Herr Justen-Stahl fragt an, wann die Erneuerung der Heizungsanlage beim Gymnasium bzw. der BBS Bremervörde geplant sei. **KAR Wilshusen** erklärt hierzu, die Sanierung der Heizungsanlage sei bereits abgeschlossen. es stehe nunmehr noch der Austausch der Kessel an. Die Ersatzbeschaffung sei auch bereits unter Energiemaßnahmen im Vermögenshaushalt veranschlagt. Noch sei nicht abschließend geklärt, welchen Weg man hier gehen werde und ob ggf. auch die Hauptschule Engeo mit an die neue Anlage angeschlossen werden könnte. Es habe ein erstes Gespräch mit der EWE stattgefunden. **Abg. Brünjes** regt an, die Möglichkeit der Installation einer neuen Heizungsanlage als Anschauungsanlage zu prüfen. Dieses könne gerade auch für den Unterricht an der BBS eine interessante Variante sein.

Nach kurzer weiterer Aussprache empfiehlt der Schulausschuss dem Kreisausschuss für den Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2005 für das Haushaltsjahr 2006 für den Bereich des Einzelplans 2 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	5

Punkt 8 der Tagesordnung: **Berufsbildende Schulen Rotenburg (Wümme): Zweijährige Berufsfachschule Sozialpädagogik (bisher: Zweijährige Berufsfachschule Kinderpflege)**
Vorlage: 2001-06/1289

Nach kurzer Aussprache empfiehlt der Schulausschuss dem Kreisausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) beantragt die Errichtung einer zweijährigen Berufsfachschule Sozialpädagogik bei den Berufsbildenden Schulen Rotenburg (Wümme) zum 01.08.2006 als Nachfolgeschulform für die auslaufende zweijährige Berufsfachschule Kinderpflege.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Anfragen**

Frau Hildebrandt spricht die Parkplatzsituation am Gymnasium bzw. der BBS Bremervörde an. Hier sei ohne jede Vorankündigung ein Teil des ohnehin knapp bemessenen Parkraumes mittels eines Hinweisschildes für Lehrkräfte reserviert worden. Dieses führe dazu, dass Schüler gezwungen seien, in umliegende Wohngebiete auszuweichen, während der reservierte Parkplatz zumeist nicht einmal voll belegt sei. **Herr Christmann** fragt in diesem Zusammenhang an, ob ein solches Vorgehen nach der StVO überhaupt zulässig sei und wer über eine solche Parkregelung entscheide.

KVD Peimann erläutert, sofern es sich um öffentlich zugänglichen Verkehrsraum handele, der nicht durch Schranken oder andere Durchfahrhindernisse als privat gekennzeichnet sei, könnten Regelungen nur durch die Straßenverkehrsbehörde getroffen werden. **KAR Wilshusen** erklärt, an fast allen Schulstandorten hätten sich durch die ständig gewachsene Motorisierung Parkplatzprobleme entwickelt. In Bremervörde hätten beide Schulleitungen auf die Reservierung eines Teiles der Parkfläche gedrungen. **Herr Justen-Stahl** regt an, Schülervvertretungen und Schulleitungen sollten sich auf einen Kompromiss verständigen. **Frau Hildebrandt** berichtet insoweit, es habe inzwischen ein Gespräch mit der Schulleitung stattgefunden. Man strebe eine einvernehmliche Lösung an.

Vorsitzender Ringe schließt die Sitzung um 16.30 Uhr.

(Ringe)
Vorsitzender

(Peimann)
Kreisverwaltungsdirektor

(Schmökel)
Protokollführer